

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Integrationsrates
am Mittwoch, **25.04.2012**, 18:00 Uhr - 21:20 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Joachim Bruns , Yildirim Eroglu , Manfred Kehr , Aynur Küçük , Türkan Kurt , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Hoang Ngan Nguyen , Musa Mohammad Omar , Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Dr. Georgios Tsakalidis , Robert von Olberg , Dr. Ömer Lütfü Yavuz, Sandra Wübken.

von der Verwaltung

Jochen Köhnke , Thomas Paal

für die Schriftführung

Susanne Jostameling

Es fehlten:

Dr. Hüseyin Avlar , Mehmet Akif Cetinkaya , Sylvie Eschkotte , Dr. Brigitte Hasenjürgen , Dr. Diraid Ibrahim , Ahmet Özdemir , Kakha Tandilashvili , Peter Wolfgarten , Ahmet Yesilyaprak ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

Es gab keine nicht-öffentliche Sitzung.

Tagesordnung

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Eingänge und Mitteilungen
3. Anhörungen
4. Berichte

- | | | |
|-------------------------|------|---|
| | 4.1. | Bericht von Frau Robert (Sozialamt) zur damaligen Vorlage V/1076/2008 "Integrationshilfen für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte" - aktueller Stand |
| | 4.2. | Bericht zur Save-me-Kampagne - Herr Hügel von der GGUA |
| | 4.3. | Bericht zum aktuellen Stand des Projektes MAMBA - Herr Bothe von der GGUA |
| | 5. | Entscheidungen |
| <u>V/0221/2012</u>
V | 5.1. | Ersatzbauten und Ergänzung der Gebäude der Flüchtlingsunterkunft auf dem städtischen Grundstück Grevener Straße 217 - Errichtungs- und Baubeschluss |
| <u>V/0309/2012</u>
V | 5.2. | Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten |
| <u>V/0168/2012</u>
V | 5.3. | Vorschlag des Integrationsrats zur Entsendung eines sachkundigen Einwohners/ einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung |
| <u>V/0251/2012</u>
V | 5.4. | Vorschlag des Integrationsrates zur Entsendung eines sachkundigen Einwohners/ einer sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss |
| | 6. | Berichte aus den Ausschüssen |
| | 7. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Es gab keine Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Marinos begrüßte die Anwesenden und entschuldigte die fehlenden Mitglieder.

Herr Köhnke berichtete zu Eingängen und Mitteilungen aus seinem Fachbereich:

Der HFA hat in seiner Sitzung am 21.03.2012 wie folgt entschieden:

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion Nr. A-R/0081/2011 „Neuregelung des Verfahrens zur Verteilung der Sparkassenüberschüsse“ Anregung des Integrationsrates Nr. AIR/0002/2011 „Sparkassenmittel einsetzen für Gleichstellung in der Stadt Münster“

„ I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat unter Zugrundelegung der

Grundintention des gemeinsamen Antrages der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion Nr. A-R/0081/2011 einen Verfahrensvorschlag zur Verwendung von Gewinnausschüttungen der Sparkasse Münsterland Ost an die Stadt Münster zu unterbreiten.

2. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, ob und in wie weit die Anregung des Integrationsrates A. AIR/002/2011 bei dem neuen Verfahren Berücksichtigung finden kann“.

Weitere Entscheidung des HFA am 21.03.2012:

Anregung des Integrationsrates an den Rat AIR/001/2011 „Einstellung von Menschen mit Migrationsvorgeschichte bei Einrichtungen, die durch die Stadt Münster finanziell gefördert werden.“

„I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei finanziellen Förderungen von Trägern/Einrichtungen durch die Stadt Münster an diese zu appellieren, nach Möglichkeit und zunehmend Personal mit Migrationvorgeschichte zu beschäftigen.
 2. Die Personaleinstellungen sollen auf allen Ebenen erfolgen, d. h. sowohl bei der Vergabe von einfachen Aufgaben als auch bei der Einstellung von Fachpersonal.
 3. Die Fachämter werden bei den von der Stadt Münster finanziell geförderten Trägern/Einrichtungen für die Unterzeichnung der Charta der Vielfalt werben (s. Anlage 2 der Vorlage = Anlage 1 der Vorlage = Anlage 1 der Originalunterschrift).
 4. Die Beschlussvorschläge 1. bis 3. können entsprechend in den Leistungsvereinbarungen und/oder Bewilligungsbescheiden als auch in den Verwendungsnachweisen aufgenommen werden.
-

- Rund 70 geladene Gäste nahmen beim alljährlichen Ehrenamtsabend am 17.04., die Einladung der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten an. Die Eingeladenen sind in unterschiedlichen Bereichen aktiv. Sie unterstützten ehrenamtlich die Integration von Menschen in den Flüchtlingswohnheimen, engagieren sich in Migrantenorganisationen und in den Münsteraner Stadtteilen.
 - Vortrag von H. Mudhoon, Politik- und Islamwissenschaftler der UNI Köln, Redaktionsleiter von qantara.de
- In Albachten gibt es eine neue Ehrenamtliche, die den Kreis der Ehrenamtlichen vor Ort betreut und Sprachkurse in der Flüchtlingseinrichtung anbieten will - Frau Kurtauli-Reher. Sie war ehemals Mitglied des LiFA (Lenkungsreis zur Integration der Flüchtlinge).
- Das KOMM-in-geförderte Projekt Migrantenökonomie hat ein Netzwerk gegründet von Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationsvorgeschichte. Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben einen Verein VIU (Verband internationaler Unternehmen Münster und Umgebung) gegründet mit 13 Unternehmerinnen und Unternehmer von ihnen sind 7 im Vorstand. Aktuell werden die Internetseite und die Flyer erstellt und am 24.04.2012 gab es eine offizielle Feier zur Gründung (Vorsitzender Dr. Hilmi).
- Frau Reckfort koordiniert ein Projekt „Kochen ohne Grenzen“ mit WN, Aschendorff Verlag und der VHS und Hobby und Amateurröche verschiedener Nationen, die ihre hei-

matlichen Rezepte zur Verfügung gestellt haben. Geplant ist eine Buchpräsentation im September.

- Es gibt ein Kooperationsprojekt mit der WWU, Fachbereich Ethnologie. Die Studentinnen und Studenten arbeiten im Projektseminar „Migration“ mit den Schwerpunktthemen Partizipation an Stadtteilplanung/Quartiersentwicklung anhand ausgewählter Münsteraner Stadtteile. Erforscht wird die Teilhabe von Menschen mit Migrationsvorgeschichte in Stadtteilprojekten/Stadtteilplanungsprojekten im Sinne von Bürgerbeteiligung. Arbeitsergebnisse sind zum Sommersemester 2012 zu erwarten.
- Am 27./28.04. wird ein zweitägiger Integrationsworkshop durchgeführt. Das ist ein Angebot der Landesregierung (finanziert durch KOMM-in) und nach einem vorgegebenen Leitfaden der Bertelsmannstiftung. Es soll das Thema Integration auf Leitungsebene präsent gemacht werden, und es soll eine Verständigung darüber erzielt werden, welche Themen für Politik und Verwaltung zukünftig auf die Agenda genommen werden sollen. Der Integrationsworkshop besteht aus drei Modulen: 1 Vorbereitungsmodul (hat schon stattgefunden); Themen wurden festgelegt: Bildung, Wohnen, Arbeit

Modul 2 zweitägiger Workshop etwas über 30 Teilnehmer/-innen alle Parteien, Integrationsrat, AL, FH, Handwerkskammer u. a. und Vertreter aus den Fachbereichen

Modul 3 in 1 – 2 Monaten die Ergebnisse des Workshops analysieren und als Ergebnis dokumentieren.

Die Connecta findet am 24. Mai von 10-17 Uhr am Schloss der Uni statt. Frau Bäumert von der Brücke fragt an, ob der Integrationsrat dort mit einem Stand vertreten sein wird.

- Fachbereich Friedenskultur, noch Zeit für die Entscheidung wer aus dem IR entsandt wird, da noch unklar, wann der Fachbeirat das erste Mal tagt; Thema wird als Beschlussvorlage auf die nächste TO genommen

Anerkennungsgesetz tritt am 1. April in Kraft

Am 1. April 2012 trat das Anerkennungsgesetz des Bundes in Kraft. Das Gesetz schafft erstmals einen Rechtsanspruch auf ein Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen - und zwar für alle, unabhängig vom Herkunftsland, und innerhalb von drei Monaten nach Einreichen der erforderlichen Papiere.

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/20120330-0008-pressemitteilung-bmbf.html>

Hotline zur beruflichen Anerkennung

Startschuss für zentrale Hotline des Bundes: Für Fragen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse gibt es seit dem 2. April eine telefonische Erstberatung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Die Nummer der Hotline lautet: +49 (0)30 – 1815 1111

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2012/20120329-anerennungshotline-start.html>

Islamischen Gemeinden und ihren Religionsbediensteten kommt eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Integration von Muslimen zu. Erstmals liegen nun belastbare bundesweite Daten über das vielfältige islamische Gemeindeleben vor.

Die Studien „Islamische Religionsbedienstete in Deutschland“ und „Angebote und Strukturen der islamischen Organisationen in Deutschland“, die im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) durchgeführt wurden, zeigen, dass es in Deutschland rund 2.350 Moscheen und Cem-Häuser (alevitische Gebetshäuser) gibt. In mindestens 1.700 islamischen Gemeinden ist regelmäßig ein Imam oder, im Falle der alevitischen Gemeinden, ein Dede tätig. Zudem stellt sich die islamische Gemeindelandschaft in als außerordentlich vielfältig dar. Fast alle islamischen Gemeinden bieten mehr als religiöse Dienstleistungen. Breiten Raum nehmen Orientierungshilfen für die deutsche Gesellschaft ein, etwa Beratungsangebote oder Hausaufgabenhilfe. Islamische Gemeinden und die dort tätigen Religionsbediensteten sind damit wichtige Ansprechpartner für die Integration von Muslimen. Es zeigt sich aber auch, dass Imame und Dedes oft Aufgaben übernehmen, für die sie nicht ausgebildet wurden. Sie haben ein außerordentlich großes Interesse an Fort- und Weiterbildungen, vor allem im sozialen, beratenden und seelsorgerischen Bereich.

Beide Studien präsentieren erstmals belastbare bundesweite Daten über das vielfältige islamische Gemeindeleben in Deutschland. Die detaillierten Ergebnisse bieten solide Hintergrundinformationen zur Versachlichung der Diskussion über islamische Organisationen und die dort tätigen Imame sowie Dedes.

Zusatzinformationen

Download

[Islamisches Gemeindeleben in Deutschland](#)

[Kurzfassung des Forschungsberichts 13 "Islamisches Gemeindeleben in](#)

Herr Marinos begrüßte die Gründung des Verbandes Internationaler Unternehmen in Münster und Umgebung und hofft, dass die Arbeit des Verbandes seine Unabhängigkeit gegenüber Institutionen bewahren kann. Er berichtete zu Eingängen und Mitteilungen über nachfolgende Veranstaltungen und Aktivitäten.

- Zur jährlichen 1. Mai Kundgebung in der Stübengasse, wurde der Vorsitzende des Integrationsrates zu einem Redebeitrag eingeladen.
- Am 29.04.2012 um 14.00 Uhr große Podiumsdiskussion der Fatime e. V. mit Vertreterinnen und Vertretern der Direktkandidaten der Landtagswahl
Der Verein bat Herrn Marinos die Einladung an die VertreterInnen der Parteien weiterzugeben.

- „Pro NRW“ demonstriert am 07. Mai im unmittelbaren Umfeld der Ahmadiyya Moschee an der Hansestraße; es gibt einen Aufruf zur Gegendemonstration; am 01. Mai sind die Moscheen geöffnet und am 05. Mai lädt die Moschee zu einer Diskussion ein.
- Am 26.05., 19.30 Uhr, Türkische Kunstmusik des 20. Jahrhunderts im Kleinen Haus der Städtischen Bühnen Münster, mit dem Türkischen Musikchor NRW und Nera Günay Tosun; Interessierte können sich bei H. Marinos melden
- Der Integrationsrat lädt ab 18.00 Uhr ein zu einer Veranstaltung der Aktivistin Kathrin Schnieders, die regelmäßig die Situation von Flüchtlingen auf dem Balkan filmt;
 - öffentliche Veranstaltung zu den Ergebnissen ihrer Recherchen am 24.05. im Stadthaus 2, großer Sitzungsraum ab 18.00 Uhr; die Verwaltungsspitze ist eingeladen
- Am 03.05. im Schloss, S8 Christos Giannopoulos berichtet auf Einladung des Instituts für Politik- und Theologie über die Finanz- und Wirtschaftskrise; Thomas Konitz, Experte in Europathemen wird ebenfalls referieren
- Die Kultur- und Tanzveranstaltungen von Adigey e. V., zu der erstmalig Tscherkessen aus der ganzen Welt nach Münster eingeladen wurden, hat eine große Resonanz erfahren. Der Bürgermeister empfing die Gruppe im Friedenssaal. Räumlich waren die Gäste im Aasee Jugendgästehaus untergebracht.
- Am 16.06. findet das alljährliche ASV Fest in Kooperation mit dem Integrationsrat vor dem Schloss statt. Geplant ist in diesem Jahr mehr politisch zu informieren und weniger zu verkaufen.
- Der Integrationsrat ist eingeladen sich im Rahmen der Connecta zu präsentieren. Dazu müssen sich allerdings Mitglieder des Integrationsrates bereit erklären - mitzuwirken; Interessierte möchten sich bitte bei H. Marinos melden
- Die Orthodoxen haben ihr Osterfest gefeiert; es gibt keine orthodoxe Kirche in Münster
- Der Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Herr Guntram Schneider referierte am 16.04.2012 auf Einladung der SPD im Uferlos, zum neuen Integrations- und Teilhabe-gesetz.
- Herr Marinos hat sich in einer Pressemitteilung dafür ausgesprochen, dass hier ausländische Studierende eine wichtige Bedeutung auch in ihren Herkunftsländern haben, um dort strukturell und wirtschaftlich ihr Wissen einzubringen. Viele Städte/ Länder denken nur an die Entwicklung ihres eigenen Potentials, so Herr Marinos. Hier seien mehr Informationen und das Beschreiten neuer Wege nötig.

Punkt 3 der Tagesordnung

Anhörungen

Es gab keine Anhörungen.

Punkt 4 der Tagesordnung**Berichte****Punkt 4.1 der Tagesordnung****Bericht von Frau Robert (Sozialamt) zur damaligen Vorlage V/1076/2008 "Integrationshilfen für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte" - aktueller Stand**

Herr Marinos führte in die Thematik ein. Der Bericht wurde seitens der Mitglieder des Integrationsrates gewünscht. Herr Marinos möchte zukünftig auch bei anderen Programmen/Maßnahmen die für Menschen ausländischer Herkunft durchgeführt wurden eine Auswertung und Erfolgsmessung.

Frau Robert (Mitarbeiterin im Sozialamt) berichtete:

Beratungsfachdienst (vorm. Integrationsfachdienst) für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte nach § 16 a SGB II

1. Hintergrund / Vorgeschichte

Mit Beschluss des Ausländerbeirats am 04.02.2009 und des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 18.02.2009 wurde die Verwaltung beauftragt, die „Integrationshilfen für Aussiedler“ zu den „Integrationshilfen für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte“ umzuwidmen und mit den vier Wohlfahrtsverbänden entsprechende Leistungsvereinbarungen abzuschließen (Vorlage V/1076/2008).

Hintergrund war eine jährlich zurückgehende Zahl neu zugezogener Aussiedler in Münster und damit verbunden ein verringerter Bedarf an Beratung und Betreuung dieser Personengruppe.¹ Daher sollte sich das Beratungsangebot zukünftig an arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte nach § 16 a SGB II richten.

Die Verwaltung schloss demzufolge mit den vier Wohlfahrtsverbänden (ab 01.07.2009 Leistungsvereinbarungen über die Förderung der Integrationsfachdienste (jetzt Beratungsfachdienste) für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte gem. § 16 a Nr. 3 SGB II ab.

2. Charakter / Intention der § 16 a SGB II Leistungen

¹ Gleichzeitig wurden die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderte Migrationserstberatungsstellen (MEB) beim Caritasverband, dem Diakonischen Werk (jetzt Diakonie Münster) und dem Deutschen Roten Kreuz in Migrationsberatungsstellen (MBE) umgewandelt. Die Beratung wurde überwiegend von den bereits länger im Bundesgebiet lebenden Zuwanderern und weniger von neu zugezogenen Aussiedlern in Anspruch genommen.

Die Integrationshilfen für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte nach § 16 a SGB II stellen eine flankierende kommunale Leistung dar. Es geht um eine einzelfallbezogene Beratung und Unterstützung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei ihrer Eingliederung ins Erwerbsleben.

Sie stellen keine arbeitsmarktpolitische Maßnahme dar, die in erster Linie auf die direkte Vermittlung in den Arbeitsmarkt abzielt, sondern diese soll erst vorbereitet werden. Ziel ist die Befähigung zur Teilhabe am Arbeitsleben unter Einbeziehung individueller Fähigkeiten.

Der Charakter der Integrationshilfen (der psychosozialen Beratung) wird auch dadurch deutlich, dass sie gemeinsam mit der Schuldnerberatung, der Suchtberatung und der Betreuung von Kindern unter § 16 a SGB II aufgeführt werden; auch diese Leistungen sollen eine Vermittlung „nur“ vorbereiten und zielen nicht in erster Linie auf die direkte Vermittlung in den Arbeitsmarkt ab.

Der Erfolg ist daher nicht explizit an Vermittlungszahlen messbar.

3. Beratungsumfang und Beratungsgegenstände

Die Stadt Münster fördert bei den vier Wohlfahrtsverbänden jeweils eine halbe Fachkraftstelle (städtischer Zuschuss vom 01.07.2009 - 31.12.2011: 23.000,- €/jährlich je Träger; ab 01.01.2012: 22.597,50 €/jährlich).

Die Wohlfahrtsverbände bieten offene Sprechzeiten von jeweils 6 Stunden/Woche in unterschiedlichen Stadtteilen Münsters an (Anlage 1). Hinzu kommen Gespräche nach Vereinbarung, Hausbesuche und Begleitungen zu Ämtern.

Das Zuweisungsverfahren/die Kooperation mit dem Jobcenter Münster wurde Anfang 2012 konkretisiert. Die Zuweisung erfolgt grundsätzlich für 6 Monate und kann in Absprache bis zu einem Jahr verlängert werden.

Beratungsgegenstände/Inhalte der Beratungen sind u.a.:

- Feststellung des Hilfebedarfs /Anamnese
- systematische Hilfeplanung
- Beratung/Hilfestellung und ggf. Weitervermittlung bei Problemen in besonderen Lebenslagen (Trennung, Scheidung, Schulden etc.)
- Hilfestellung bei der Erstellung/Aktualisierung von Bewerbungsunterlagen
- Beratung im Hinblick auf Weiterbildung und Qualifizierung
- Unterstützung bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
- Unterstützung bei der schriftlichen und mündlichen Kommunikation mit Ämtern/Behörden; Begleitung bei Terminen
- Unterstützung bei der Selbstorganisation/Zeitmanagement

- Beratung/Unterstützung bei der Stellensuche; Aufzeigen von Möglichkeiten der Stellensuche
- Telefonische Kontaktaufnahme zu Betrieben
- Begleitung zu potentiellen Arbeitgebern/Betrieben
- Information über Ausbildungsstellen/Teilzeitausbildungen

Die vier Wohlfahrtsverbände sollen insgesamt jährlich mindestens 240 Personen beraten und begleiten.

Zahlen für das Jahr 2011:

- Anzahl der betreuten Fälle: 262
- Anzahl stattgefundener Hausbesuche und Begleitungen: 120
- Verteilung nach Geschlecht: ca. 50 % Frauen, 50 % Männer
- Verteilung nach Alter:

bis 30 Jahre	►	17 %
30 - 40 Jahre	►	45 %
40 – 50 Jahre	►	23 %
über 50 Jahre	►	15 %

4. Ergebnisse der Beratung bzw. begleitenden Unterstützung

Als Ergebnisse der Beratung können neben der Stabilisierung der Lebensverhältnisse im Einzelfall, dem Aufbau von (sozialen) Kompetenzen, der Weitervermittlung an Fachberatungsstellen (Schuldner-, Suchtberatung etc.), der Information über Weiterbildungsmöglichkeiten etc. folgende Zahlen für das Jahr 2011 genannt werden:

52 Personen haben eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen;
35 Personen haben eine geringfügige Beschäftigung begonnen.

In der Regel ging es um Tätigkeiten im gering qualifizierten Bereich: Reinigungskräfte, Lagerhelfer, Küchenhelfer, Tätigkeiten bei Sicherheitsfirmen. Die Beschäftigungen waren meist befristet und häufig bei Zeitarbeitsfirmen. Frauen nahmen meist eine Teilzeitbeschäftigung auf.

Es liegen derzeit keine verlässlichen Zahlen über die tatsächliche Dauer der Arbeitsverhältnisse vor, da keine Verpflichtung besteht, den Beratungsstellen eine entsprechende Rückmeldung zu geben.

Wesentliche Vermittlungshemmnisse waren:

- persönliche Problemlagen (gesundheitliche Einschränkungen, Sucht etc.)
- fehlender Schulabschluss / fehlende Berufsausbildung,
- fehlende Sprachkenntnisse, Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben/Analphabetismus.

Herr Dr. Yavuz fragte nach, ob jeder 3. der zu vermittelnden Personen eine Beschäftigung erhalten habe. Frau Robert bejahte diese Frage.

Frau Seyfferth wollte wissen, wie die Menschen mit Migrationsvorgeschichte von diesem Angebot erfahren könnten.

Frau Robert teilte mit, dass eine enge Kooperation mit dem Jobcenter stattfindet und das durch das Stadtweite Netzwerk Menschen mit Migrationsvorgeschichte alle Träger im Stadtweiten Netzwerk über das Beratungsangebot informiert seien. Es gibt auch ein spezielles Infoblatt in

verschiedenen Sprachen.

Frau Küçük fragte nach, ob diese Maßnahmen wissenschaftlich begleitet würden. Eine wissenschaftliche Begleitung gibt es nicht.

Herr Marinos hat im Jobcenter angeregt das Informationsblatt auch noch in weiteren Sprachen (z. B. ehemalige Anwerbeländer) aufzulegen, die in Münster aus seiner Sicht dringend gebraucht würden.

Herr Eroglu sieht auch die Qualifizierungen als einen wichtigen Bestandteil und die Anerkennung der Bildungsabschlüsse. Qualifizierungsangebote werden in Kooperation mit dem Jobcenter oft angeboten, so Frau Robert, um erfolgreich vermitteln zu können.

Frau Seyfferth lobte die gute Arbeit. Gleichzeitig wünscht sie sich weitere Informationen zu dem Konzept. (Anmerkung der Protokollantin: der Bericht von Frau Robert ist ausführlich dargestellt, falls noch weitere Informationen erforderlich sind geben Sie mir bitte eine Rückmeldung)

Herr Marinos findet das Gesetz zur Erleichterung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen als nicht weitgehend genug, um eine große Anzahl von Betroffenen zu erreichen.

Generell benötigen viele Menschen mit Migrationsvorgeschichte nicht nur eine Beratung in der Problematik der beruflichen Anerkennung sondern auch auf vielen Gebieten des täglichen Lebens. Sie suchen sehr häufig die Sprechstunde des Integrationsrates auf. In anderthalb Jahren hatte Herr Marinos laut offizieller Statistik allein 250 Eintragungen. Dabei sind die Widervorsprachen nicht berücksichtigt.

Herr Dr. Avlar unterstrich die Ausführungen von Herrn Marinos zu den beruflichen Anerkennungen. Problematisch sei auch, dass für die Bewerbung um eine Anerkennung zwischen 500 bis 800 Euro an Gebühren anfielen und es vor Antragstellung nicht klar sei, wie die Entscheidung hinsichtlich des Antrages ausfiele.

Herr Marinos teilte mit, dass einige Arbeitgeber die Kosten einer Anerkennung tragen würden. Wenn ein Arbeitgeber den Antrag für den Betroffenen stellt, fällt eine Entscheidung oft kostengünstiger aus, so Herr Marinos. Vor allem ist dies z. Zt. fast der einzige Erfolg versprechende Weg.

Punkt 4.2 der Tagesordnung

Bericht zur Save-me-Kampagne - Herr Hügel von der GGUA

Herr Hügel berichtete zur Save-me-Kampagne. Sein Vortrag ist der Niederschrift als Anlage zugefügt. Herr Powroznik fragte nach, wie viele Flüchtlinge Münster theoretisch aufnehmen könne. Herr Hügel berichtete, dass München im Rahmen der 850 Jahrfeier beispielsweise eine Zusage für die Aufnahme von 850 Flüchtlingen gegeben habe.

Die Innenministerkonferenz hat sich für Deutschland auf ein Aufnahmekontingent von 300 Personen geeinigt. Wenn die Innenminister der Länder die anteilige Quote der sonstigen Zuweisungen umsetzen, wären dieses 22,4 % an Personen für das Bundesland NRW. Münster könne sich beispielsweise auf ein Kontingent von 350 Personen im Rahmen des Westfälischen Friedens verständigen oder als eine andere Anzahl 100 Personen aufnehmen, so Herr Hügel.

Herr Dr. Tsakalidis lobte den Vortrag von Herrn Hügel und erkundigte sich nach dem Aufnahmepotential jenseits der offiziell im Raum stehenden Zahlen, für die ein Ratsbeschluss erforderlich sei. Herr Hügel antwortete, dass es von politischer Seite im Ermessen der Innenministerkonferenz liegt, ob die bisherige Zahl erhöht werde oder nicht, deutete aber an, dass es an dem Erfolg der Save-me-Kampagne selber liege, ob die offiziellen Zahlen übertroffen werden können oder auch nicht.

Frau Seyfferth begrüßte die Kampagne und hält sie für unterstützenswert. Sie wandte sich an die Vertreter der Verwaltungsspitze mit der Bitte um Einschätzung in der Sache.

Herr Paal wies darauf hin, dass ein Beschluss gefasst werden müsse, der inhaltlich und praktisch gut vorbereitet sein müsse, damit eine ernsthafte Umsetzung möglich sei. Die Aufnahmesituation in den Flüchtlingseinrichtungen stelle sich so dar, dass derzeit, so unterstrich auch Herr Köhnke, keine freien Kapazitäten mehr vorhanden seien. Für 100 zusätzliche Menschen müss-

ten 2 neue Flüchtlingseinrichtungen gebaut werden.

Herr Hügel teilte mit, dass das Projekt aus der Bürgerschaft initiiert und getragen werden müsse, und dass eine Unterbringung in Flüchtlingswohnheimen nicht üblich sei, sondern der Wohnraum privat zur Verfügung gestellt werden müsse. Die Politik gebe lediglich für die Stadtgesellschaft das politische Signal.

Herr Marinos sieht den Integrationsrat als dasjenige Gremium, welches die entsprechende Empfehlung an den Rat abgeben solle. Es gäbe auch in Münster das St. Floriansprinzip, welches im Rahmen der Stadtteilgespräche zu den neuen Standorten für Flüchtlingsunterkünfte erkennbar wurde. Der Bau neuer Flüchtlingseinrichtungen werde bejaht, jedoch nicht im eigenen Baugebiet. Erfahrungen in Griechenland zeigen, dass die Verschärfung einer wirtschaftlichen Lage zu einer mangelnden Aufnahmebereitschaft führen kann. Ein Beschluss aus emotionaler Sicht wäre durchaus nachvollziehbar, aber nicht unbedingt effektiv.

Herr von Olberg fragte nach inwiefern der Anstoß für eine Kampagne von der Behörde kommen könne.

Herr Köhnke berichtete, dass die Save-me-Kampagne auf Antrag von Frau Prof. Hasenjürgen 2009 in die damals bestehende Kommission zur Unterbringung von Asylbewerbern, Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen eingebracht wurde. Als Reaktion auf den Antrag in der Kommission wurden alle Religionsgemeinschaften angeschrieben, ob sie die Save-me-Kampagne befürworten. Es gab nur zwei Antworten, eine Stellungnahme war positiv und die andere Rückmeldung negativ. Der Weg geht für Herrn Köhnke aus der Bürgerschaft heraus.

Die Kommission wurde 2010 aufgelöst und die Thematik in den sich neu konstituierenden Integrationsrat eingebracht. Bislang wurde die Save-me-Kampagne nicht aufgegriffen.

Anlass die Thematik erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, war die Anregung nach § 24 Go an den Rat der Stadt Münster zur Save-me-Kampagne eine Entscheidung zu treffen. Der Rat hat dieses Thema an die Verwaltung gegeben mit der Bitte um eine fachliche Einschätzung vor Entscheidungsfindung. Die Verwaltung hat daraufhin das zuständige Gremium mit der entsprechenden Fachkompetenz eingebunden, um ein Meinungsbild zu erhalten. Der Rat muss noch eine fachliche Einschätzung der Verwaltung in der Sache erhalten.

Herr Hügel teilte mit, dass die Verwaltung die Kampagne nicht initiieren könne, wenn der Unterbau fehle.

Herr Dr. Tsakalidis sieht es als Aufgabe, die Kampagne an die Vereine und politisch aktiven Menschen in Münster als Multiplikatoren weiterzugeben.

Herr Paal bekräftigte das grundsätzliche Vorgehen in einem festzulegenden Zeitraum die Unterstützung der Stadtgesellschaft zu erfragen und vom Integrationsrat ausgehend, bürgerschaftliche Gruppen einzuladen.

Herr Marinos sieht es auch als maßgeblich, die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft festzustellen. Er wird mit den Mitgliedern des Integrationsrates ein kurzes Infoblatt mit entsprechender Fragestellung an die Stadtgesellschaft versenden, mit der Bitte um Rückantwort und Bereitschaft zur Unterstützung. Auch Pressearbeit findet er in diesem Rahmen sinnvoll.

Frau Wübken wünscht sich mehr Praxisbezug in der Darstellung und zur Konkretisierung Information/ Beispiele aus Städten, die vergleichbar sind mit Münster.

Herr Bruns bat um eine zeitliche Vorgabe für die weitere Vorgehensweise innerhalb der Stadtgesellschaft.

Das Gremium einigte sich auf einen Zeitraum von 6 Monaten.

Herr Kehr wies darauf hin, dass diese Initiative Vorlauf benötigen wird, um die Informationen weitergeben zu können.

Frau Küçük befürwortete das Projekt und möchte eine kontinuierliche und gute Begleitung seitens der Verwaltung, um einen guten Ablauf besonders in der Anfangsphase zu schaffen.

Herr Paal stellte klar, dass der Antrieb nicht von Behördenseite kommen sollte, sondern aus der Stadtgesellschaft in die politischen Gremien getragen werden müsse.

Herr Dr. Tsakalidis fragte nach, ob bisher neben den Vereinen und den Mitgliedern des Integrationsrates noch weitere Gruppen signalisiert hätten, bei der Kampagne mitmachen zu wollen. Herr Hügel entgegnete, dass bei dem ersten Vorstoß der Save-me-Kampagne 2009 Amnesty, Menschenrechtsorganisationen und Migrantenorganisationen ihre Bereitschaft zum Mitwirken erklärt hätten. Er sieht eine Vorbereitungsphase von 1 – 2 Jahren bis die Kampagne etabliert ist. Er sieht nicht den Integrationsrat als Initialzündung, sondern die Bürgerschaft.

Herr Marinos sagte, dass die Mitglieder des Integrationsrates selbstverständlich grundsätzlich für eine Kampagne wären, und die Mitglieder nun initiativ würden, um ihre Kreise zu motivieren.

Im III. Quartal 2012 soll das Thema wieder auf die Tagesordnung genommen werden.

Frau Seyfferth wünschte sich eine verbindlichere Vorgehensweise.

Der Antrag die Stadtgesellschaft zu informieren und zu motivieren wurde einstimmig beschlossen.

Es wurde eine zusammenfassende Historie zur Save-me-Kampagne gewünscht.

Punkt 4.3 der Tagesordnung	Bericht zum aktuellen Stand des Projektes MAMBA - Herr Bothe von der GGUA
-----------------------------------	--

Herr Bothe von der GGUA berichtete zum Projekt MAMBA. Sein Bericht ist als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Eroglu bedankte sich für den Vortrag und fragte nach, ob es Auswertungen darüber gäbe, ob die im Projekt MAMBA I vermittelten Personen nach wie vor eine Arbeit hätten. Die Kontinuität der Auswertungen könne erst nach Abschluss des Projektes MAMBA II im Rahmen des Abschluss- und Auswertungsberichtes erstellt werden, so Herr Bothe. Diese „Verbleibstudie“ wurde auch seitens Frau Seyfferth erbeten.

Die Anwesenden der Handwerkskammer berichteten aus ihrer Praxis von einer Vermittlungsquote von 70 %.

Herr Saber fragte nach, ob die Angebote von MAMBA kostenlos seien. Dies wurde bejaht. Herr Saber berichtete von einem Fall, in dem Kosten für eine Dolmetscherausbildung in Höhe von 5.000 Euro anfielen. In diesem Einzelfall wurde nicht seitens des Projektes MAMBA sondern allgemein durch die GGUA beraten, so Herr Hügel. Die „Doppelfunktionen“ der GGUA MitarbeiterInnen können schon mal zu Missverständnissen führen.

Frau Nguyen interessierte nicht nur für das zahlenmäßige Ergebnis sondern auch für die Prozessentwicklung des Projektes. Sie wollte wissen, ob die Teilnehmerzahl von 300 Personen eine festgelegte Zahl sei, und wie die Aufnahmekriterien lauten.

Herr Bothe erläuterte, dass es keine festgelegte Zahl gäbe. Es wurde zu Beginn des Projektes vereinbart, welche Anzahl an Personen realistischer Weise in das Projekt eingebunden werden könne. Die zunächst geplante Zahl wurde deutlich überschritten. MAMBA orientiert sich mit den Angeboten stark an den Bedarfen. Daher werden teilweise kurzfristig notwendige Angebote (zum Beispiel Sprachkurse) initiiert.

Herr Hügel teilte mit, dass dem Projekt MAMBA ein spezieller Vorlauf vorausgehe mit Informati-

onsveranstaltungen zum Ausländerrecht in den Stadtteilen und intensiver Projektpartnersuche.

Herr Dr. Tsakalidis wünschte sich auch eine Feststellung darüber, inwieweit durch die Vermittlung in Arbeit eine passgenaue und nachhaltige Lebensperspektive für die Betroffenen erreicht wurde.

Herr Bothe wird den Mitgliedern des Integrationsrates, einen bundesweiten Vergleich der 28 Netzwerke, mit ihren Vermittlungszahlen und Ergebnissen zukommen lassen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 5.1 der Tagesordnung V/0221/2012

Ersatzbauten und Ergänzung der Gebäude der Flüchtlingsunterkunft auf dem städtischen Grund- stück Grevenener Straße 217 - Errichtungs- und Bau- beschluss

Herr Lembeck berichtete zur Vorlage.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Gebäude der Flüchtlingsunterkunft auf dem städtischen Grundstück Grevenener Straße 217 werden sukzessive und in Abhängigkeit von ihrer tatsächlichen Bausubstanz durch Ersatzbauten in monolithischer Einfachbauweise ersetzt und der Standort
2. durch zwei weitere Gebäude - ebenfalls in vergleichbarer Bauweise - mit zusammen bis zu 12 Plätzen für die Unterbringung von Flüchtlingen vertretbar auf 55 Plätze erweitert.

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Investitionsmaßnahme	4010	Sanierung und Ergänzung Flüchtlingsunterkunft Grevenener Straße 217			
Auszahlungen		Auszahlungen für Baumaßnahmen	2012 2013 VE f. 2014 2014	240.000 160.000 240.000 240.000	außerplanmäßig
Summe aller Auszahlungen				640.000	

Teilergebnisplan

	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2014 ff.	13.940	Folgeaufwand
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2014 ff.	32.000	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2014 ff.	24.000	Folgeaufwand
Summe aller Aufwendungen				69.940	

Die Folgelastenberechnung wird zur Kenntnis genommen.

Die durch die Stadt Münster zu tragenden Folgeaufwendungen werden für die Jahre 2014 ff. in den Haushaltsplan aufgenommen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beziehen sich auf die zusätzlich zu errichtenden zwei Gebäudeeinheiten. Bilanzielle Abschreibungen beziehen sich auf die gesamte Investitionssumme, da die vorhandenen Gebäude bereits vollständig abgeschrieben sind.

Den zur Finanzierung in 2012 erforderlichen außerplanmäßigen Auszahlungen wird nach § 83 GO NRW zugestimmt. Vorläufige Deckung: Minderauszahlungen in der Produktgruppe 0111 „Immobilienmanagement“, Investitionsmaßnahme 0000 „An- und Verkauf von Grundvermögen“ in Höhe von 240.000 €. Endgültige Deckung: Nachtragshaushaltsplan 2012.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Punkt 5.2 der Tagesordnung V/0309/2012	Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten
---	---

1. Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
11.	Brückenköpfe	Integrative Bildungsprojekte	300	beantragt: 1.000 Euro
12.	Persisch-deutsche Kulturbrücke e. V. Poll	Ex Oriente Lux – eine künstlerische Verzauberung Kulturveranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Wochen	250	beantragt: 500 €
13.	Cactus Junges Theater	Theaterproduktion „Penthesilea – global playground“	400	beantragt: 1.400 €
14.	Kaktus Münster e. V..	Kulturveranstaltungen – Lesung und Interkulturelle Ausstellung	300	beantragt: 600 € für die Lesung und 900 € für die Interkulturelle Ausstellung
15.	ACDA e. V.	Kulturabend Marokko	150	beantragt: 300€
16.	Elvira Ajvazi	Veranstaltung zum Internationalen Tag der Roma	300	beantragt: 1.200€

17.	Christos Giovanopoulos und Tomasz Konicz	Diskussionsveranstaltung im Mai – Schuldenkrise und Kapitalismus	200	beantragt 575 €
18.	ASEC e. V.	Challenge Cameounais Stuttgart 2012	0	beantragt 3.600 €
19.	Solidarität Niger e. V.	Kultureller Abend am 16.06.2012	400	beantragt: 3.350 €
20.	Persisch-deutsche Kulturbrücke e. V. Poll	Vortrag und Diskussion mit Ruprecht Polenz und Andreas Zumach	250	beantragt: 400 €
21.	Afrika Kooperative e. V.	12 Afrika Festival Juni 2012	600	offener Betrag: 3.326€
22.	V-Adgey e. V. Münster	Tscherkessische Kulturtage	800	beantragt: 800€
23.	Upla e. V.	Afro-lateinamerikanisches Konzert	550	beantragt: 1.040€

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 4.500 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrations- management	2012	4.500 €	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:				4.500 €	

Die Vorlage wurde einstimmig mit Enthaltungen beschlossen.

**Punkt 5.3 der Tagesordnung
V/0168/2012**

Vorschlag des Integrationsrats zur Entsendung eines sachkundigen Einwohners/ einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Integrationsrat schlägt dem Rat vor, als Nachfolger/in für Frau Aynur Kücük

Herrn Deler Saber

als sachkundige/n Einwohner/in in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu entsenden.

II. Kosten/Folgekosten

Durch diese Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten und Folgekosten.

Die Vorschläge dieser Vorlage wurden einstimmig mit Enthaltung angenommen.

Herr Yavuz bemerkte im Laufe des Verfahrens, dass es auch BewerberInnen von Extern gegeben habe und warum diese nicht anwesend seien.

Herr Marinos wies auf die Vereinbarung zwischen den Mitgliedern des Integrationsrates hin, wenn möglich VertreterInnen aus dem Gremium selber zu nehmen, da diese eine enge Rückkoppelung zu den Themen und Sitzungen haben und auch an den Montagssitzungen regelmäßig teilnehmen würden. Daher hätten die Gremienmitglieder nicht rechtlich, aber inhaltlich Vorrang.

Eine Vorlage für eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter soll zur nächsten Sitzung vorbereitet werden.

**Punkt 5.4 der Tagesordnung
V/0251/2012**

**Vorschlag des Integrationsrates zur Entsendung
eines sachkundigen Einwohners/ einer sachkundigen
Einwohnerin in den Kulturausschuss**

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Integrationsrat schlägt dem Rat vor, als Nachfolger/in für Herrn Mehmet Akif Cetinkaya

Herrn Felix Manrique

als sachkundige/n Einwohner/in in den Kulturausschuss zu entsenden.

Der Integrationsrat schlägt dem Rat vor, als Nachfolger/in für Herrn Kakha Tandilashvili

Herrn Yildirim Eroglu

als stellvertretenden sachkundigen Einwohner /stellvertretende sachkundige Einwohnerin
in den Kulturausschuss zu entsenden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Kosten und Folgekosten

Durch diese Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten und Folgekosten.

Die Vorlage wurde einstimmig mit Enthaltungen beschlossen.

Die Entscheidung zu dieser Vorlage wurde im Gremium diskutiert. Herr Schneider, der sich als stellvertretenden sachkundigen Einwohner für den Kulturausschuss zur Verfügung gestellt hat, zog im Laufe der Sitzung seine Bewerbung zurück. Herr Schneider studiert Kunstgeschichte und Archäologie an der WWU Münster.

Punkt 6 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Herr Saber berichtete, dass die VHS ab 2013 keine Räume mehr zur Verfügung habe.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Bruns berichtete von einer Problematik, die bereits im Gremium angesprochen wurde. Es geht um die terminlichen Überschneidungen der Montagstreffen des Integrationsrates mit den Terminen der generell üblichen Treffen der Fraktionen, die nahezu zeitgleich stattfänden. Gewünscht wurde seitens der Fraktionsmitglieder beispielsweise einmal im Quartal ein anderer Tag als ein Montag, damit die Mitglieder der Fraktionen auch daran teilnehmen könnten.

In den letzten Monaten habe er bereits Termine variiert, andere Wochentage genutzt und auch die Fraktionsmitglieder entsprechend eingeladen. Die Resonanz wäre sehr gering, so Herr Marinos.

Herr Marinos ist interessiert an einer Nutzung der bestehenden Kooperationsmöglichkeiten.

Herr Dr. Tsakalidis lobte die Gründung des Verbandes Internationaler Unternehmen Münsterland und Umgebung und die Dynamik und das Potential, die in diesem Verband erkennbar sei. Er bedauerte, dass er bei dem letzten Treffen nicht dabei sein konnte und begrüßte den hohen Frauenanteil (landesweit an der Spitze) im Vorstand des Verbandes.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Susanne Jostameling
Schriftführung

Anlage:

Bericht über das Projekt MAMBA

Münsters Aktionsprogramm für MigrantInnen und
Bleibeberechtigte zur Arbeitsmarktintegration in Münster
und im Münsterland

MAMBA

Projektvorstellung
Integrationsrat der Stadt Münster
25. April 2012

Joachim Bothe, Netzwerkkoordination



Münsters Aktionsprogramm für
MigrantInnen & Bleibeberechtigte
zur Arbeitsmarktintegration



Arbeitsmarktlücke
Unterstützung für
Bleibeberechtigte und Flüchtlinge



Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION

Zielgruppe

- Das Projekt richtet sich sowohl an Bleibeberechtigte (gesetzliche Altfallregelung für langjährig Geduldete im Aufenthaltsgesetz) als auch an Personen mit Flüchtlingshintergrund, die einen - mindestens nachrangigen - Zugang zum Arbeitsmarkt haben.



Münsters Aktionsprogramm für
MigrantInnen & Bleibeberechtigte
zur Arbeitsmarktintegration



Arbeitsmarktlücke
Unterstützung für
Bleibeberechtigte und Flüchtlinge



Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION

Ziele

- Unterstützung durch Beratung und Vermittlung
- Erhöhung von Beschäftigungschancen, Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen
- Information und Sensibilisierung der für die Zielgruppe relevanten Akteure des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Lebens
- Gesellschaftspolitischer Beitrag



Teil des ESF-Bundesprogramms

„ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“

->Umsetzung der Bleiberechtsregelung

->28 Netzwerke bundesweit



Laufzeit und Finanzierung

- Laufzeit: 1.11.2010 bis 31.10.2013
- Gefördert durch:
 - Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 - Europäischer Sozialfonds
 - Stadt Münster, Eigenmittel über Jobcenter Münster



Projektpartner

BERATUNG

- Jugendausbildungszentrum (JAZ) der Caritas, TN unter 25 Jahren
- GGUA Flüchtlingshilfe e.V., TN ab 25 Jahren



Projektpartner

VERMITTLUNG/QUALIFIZIERUNG

- Handwerkskammer Bildungszentrum (HBZ)
- Gesellschaft für Berufsförderung und Ausbildung mbH (GEBA)



Münsters Aktionsprogramm für
Migranten & Bleiberechtigte
zur Arbeitsmarktkoordination



Altenmarktkoordinierung für
Bleiberechtigte und Flüchtlinge



Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION

Projektpartner

- Jobcenter Münster, für alle SGBII-leistungsberechtigten TN
- GGUA Flüchtlingshilfe e.V.,
Netzwerkkoordination



Münsters Aktionsprogramm für
Migranten & Bleiberechtigte
zur Arbeitsmarktkoordination



Altenmarktkoordinierung für
Bleiberechtigte und Flüchtlinge



Europäischer Sozialfonds
für Deutschland



EUROPÄISCHE UNION

Unsere Angebote

arbeits-, aufenthalts- und sozialrechtliche Beratung, Berufsorientierung, Qualifizierungen, Vermittlung zwischen Arbeitgebern und TN, Gruppentreffs, Beratungssprechstunden, EDV-Schulungen, berufsbezogene Sprachkurse, Vermittlung von Hilfeleistungen und Unterstützungsmaßnahmen....



TeilnehmerInnen

(Stand: 10.3.2012)

- 343 Personen, davon 147w / 184m (12 k.A.)
- 72 TN u25, 258 TN 25 u. älter (13 k.A.)
- Größte Gruppen Herkunftsländer:
Serbien (35 TN), Iran (21 TN), Irak (17 TN), DR Kongo (15 TN)
- 166 TN Roma/Ashkali



TeilnehmerInnen - Aufenthaltsstatus

(Stand: 10.3.2012)

- Niederlassungserlaubnis: 24 TN
- Aufenthalt durch Bleiberechtsregelung: 106 TN
- Aufenthaltserlaubnis (andere Gründe): 109 TN
- Duldung: 57 TN
- Aufenthaltsgestattung: 7 TN



TeilnehmerInnen - Qualifizierung

(Stand: 10.3.2012)

- bei 101 Personen Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen, z.B.: Berufsorientierung, Bewerbungstraining, berufsbezogene Sprachkurse, berufliche Teilqualifikationen, Deutschkurse, Integrationskurse, Kompetenzfeststellungen
- davon 165x Teilnahme an MAMBA-eigenen Maßnahmen (ansonsten Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern)



TeilnehmerInnen - Vermittlung

(Stand: 10.3.2012)

- 110 Personen in Beschäftigung vermittelt, dabei:
 - 125x Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
 - 56x Vermittlung in Minijob
 - 14x andere (z.B. selbständige Tätigkeit, duale Ausbildung)



Anstehende Aufgaben

- Aktivitäten im Münsterland
- Wie geht es mit der Arbeit nach Projektende weiter?



Wichtige Erkenntnisse

- Ohne Aufenthaltsperspektive ist die Arbeitsvermittlung schwieriger
- Qualifizierung muss als Aufenthaltsgrund gelten
- Keine Arbeitsverbote



Münsters Aktionsprogramm für
MigrantInnen & Bleiberechtigte
zur Arbeitsmarkintegration



Arbeitsmarkliche Unterstützung für
Bleiberechtigte und Flüchtlinge



ESF
Europäischer Sozialfonds
für Deutschland
EUROPÄISCHE UNION

Münsters Aktionsprogramm für MigrantInnen und Bleiberechtigte zur Arbeitsmarktintegration in Münster und im Münsterland

MAMBA

Kontakt:
Joachim Bothe
Netzwerkkoordination MAMBA
GGUA Flüchtlingshilfe e.V.
Südstr. 46
48153 Münster
E-Mail: bothe@ggua.de
Tel.: 0251/14486-22



Münsters Aktionsprogramm für
MigrantInnen & Bleiberechtigte
zur Arbeitsmarkintegration



Arbeitsmarkliche Unterstützung für
Bleiberechtigte und Flüchtlinge



ESF
Europäischer Sozialfonds
für Deutschland
EUROPÄISCHE UNION